

Einladung

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 15.07.2014, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 03.07.2014

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2014
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 60. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Am Stratjebusch
Vorlage: 2014/083
- TOP 6 Bebauungsplan 99 A - Wohngebiet Am Stratjebusch
Vorlage: 2014/122
- TOP 7 Aufstellung einer Satzung zur Regelung der Außenwerbung
Vorlage: 2014/123
- TOP 8 Einwohnerfragestunde
- TOP 9 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/083

freigegeben am **03.07.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 30.06.2014

60. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Am Stratjebusch

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.07.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 15.07.2014 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes – Wohngebiet Am Stratjebusch nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 01.04.2014 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belang beschlossen (s. Vorlage 2014/051).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fand in der Zeit vom 11.04.2014 bis 12.05.2014 statt. Die Abwägungsvorschläge zu den eingegangenen Stellungnahmen sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Ausführungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 15.07.2014 durch das Planungsbüro Diekmann & Mosebach gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht mit Anlagen
4. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2014/122**freigegeben am **03.07.2014****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 02.07.2014**Bebauungsplan 99 A - Wohngebiet Am Stratjebusch****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.07.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden ebenso wie die im Rahmen der erneuten, verkürzten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der erneuten, verkürzten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 15.07.2014 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 99 A – Wohngebiet Am Stratjebusch mit Begründung und Umweltbericht sowie örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die öffentliche Auslegung dieser Bauleitplanung wurde am 01.04.2014 durch den Verwaltungsausschuss ebenso beschlossen wie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (s. Vorlage 2014/052). Im Rahmen dieser Auslegung wurden von einer Privatperson sowie dem Landkreis Ammerland Stellungnahmen abgegeben, die zu einer Änderung des Planentwurfs führten.

Im Einzelnen wurde eine vor wenigen Jahren neu angelegte Wallhecke als Schutzobjekt in den Bebauungsplan mit aufgenommen sowie der Radius der Wendeanlage im Bereich des WA 2 vergrößert. Durch die Anpassung des Entwurfs war eine erneute Auslegung erforderlich. Diese wurde am 03.06.2014 durch den Verwaltungsausschuss beschlossen unter der

Maßgabe, dass die Auslegung auf die Dauer von zwei Wochen verkürzt wird und nur für die geänderten oder ergänzten Teile des Planentwurfs gilt (s. Vorlage 2014/084).

Die im Rahmen beider Auslegungen eingegangenen Stellungnahmen sind dem Abwägungsvorschlag zu entnehmen. Weitere Änderungen am Planentwurf sind nicht erforderlich, sodass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht mit Anlagen
4. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/123

freigegeben am **03.07.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 02.07.2014

Aufstellung einer Satzung zur Regelung der Außenwerbung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.07.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 15.07.2014 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Satzung zur Regelung der Außenwerbung wird als örtliche Bauvorschrift gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 84 Abs. 3 Nr. 2 Niedersächsische Bauordnung (NBauO) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Satzung zur Regelung der Außenwerbung soll eine Steuerungsmöglichkeit geschaffen werden, das berechtigte Interesse der Gewerbetreibenden an der Präsentation ihres Angebotes mit dem Schutz des Erscheinungsbildes des Ortes in Einklang zu bringen. Eine Überfrachtung des öffentlichen Raumes durch besonders störende Werbeformen oder Werbung für Leistungen und Produkte, welche nicht vor Ort angeboten werden, kann hierdurch im Geltungsbereich der Satzung vermieden werden.

Nachdem der ursprünglich vorgesehene Geltungsbereich angepasst wurde (s. Vorlage 2014/047), hat zwischenzeitlich die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange stattgefunden. Wesentliche Stellungnahmen wurden nicht abgegeben. Somit kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Satzungstext
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge